



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Jürgen Baumgärtner, Petra Guttenberger, Walter Nussel, Thomas Huber, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Matthias Enghuber, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Karl Straub, Walter Taubeneder, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter** CSU

### **Wohnungsneubau nicht durch übermäßige Regulierungen des Bundes einschränken**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund, insbesondere durch den Bundesrat, dafür einzusetzen, dass die Regulierung von privaten Neubauten nicht wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene angekündigt auf den KfW-EH 40-Standard verschärft wird, wenn vom Bund nicht nachgewiesen wird, dass die Anforderungen technisch sinnvoll umzusetzen sind und wirtschaftlich bleiben, sie die Errichtung von dringend benötigtem neuen Wohnraum nicht behindern und nicht zu Mietsteigerungen führen, die insbesondere von sozial schwächeren Haushalten nicht mehr getragen werden könnten.

### **Begründung:**

Es besteht schon aktuell eine Knappheit an bezahlbarem Wohnraum, insbesondere in stark nachgefragten Wohnlagen. Mehr Neubauten sind daher dringend notwendig, um die steigende Nachfrage zu bedienen und den Preisanstieg für Wohnraum zumindest zu dämpfen. Außerdem sind in letzter Zeit die Preise für Baustoffe stark gestiegen, was die Errichtung von bezahlbarem Wohnraum durch private Investoren noch zusätzlich unattraktiver macht. Eine weitere Belastung privater Bauherren durch eine stärkere Regulierung von Neubauten durch schärfere Vorschriften zur Energieeffizienz ist daher als Investitionshindernis anzusehen und deshalb abzulehnen. Selbst wenn von einem weiteren Anstieg der Energiepreise ausgegangen wird, führen zusätzliche regulatorische Anforderungen für Neubauten erwartbar zu einer deutlichen Verschlechterung der Lebenssituation für Personen, die dringend auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Aus den genannten Gründen sollte die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene enthaltene Angleichung der Neubau-Standards im Gebäudeenergiegesetz an den KfW-EH 40 zum 01.01.2025 aus bayerischer Sicht nicht umgesetzt werden, wenn vom Bund nicht nachgewiesen wird, dass die Anforderungen technisch sinnvoll umzusetzen sind und

wirtschaftlich bleiben, sie die Errichtung von dringend benötigtem neuen Wohnraum nicht behindern und nicht zu Mietsteigerungen führen, die insbesondere von sozial schwächeren Haushalten nicht mehr getragen werden könnten.